

ROHSTOFFE – SICHER UND FAIR



GEMEINSAME TAGUNG DER IG METALL, HANS-BÖCKLER-STIFTUNG, MISEREOR UND BROT FÜR DIE WELT



Hannelore Elze, Ressortleiterin,
IG Metall Vorstand Zweigbüro, Düsseldorf

Dialog und Solidarität Mißstände benennen

Deutschland ist als Industrienation auf die Einfuhr von Rohstoffen angewiesen. Deutsche Unternehmen brauchen Versorgungssicherheit und auskömmliche Preise. Daran hängen hier jede Menge Arbeitsplätze. Und weil die IG Metall eine Industriegewerkschaft ist, müssen wir uns für die Belange der Kolleginnen und Kollegen einsetzen.

Für Entwicklungs- und Schwellenländer sind Rohstoffvorkommen eine wichtige Finanzquelle. Rohstoffreichtum könnte ein Garant sein für eine nachhaltige und gerechte wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Rohstoffabbau kann aber auch die ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Bedingungen verschärfen. So kennen wir Berichte von der Vertreibung indigener Völker, Umweltzerstörung und größerer sozialer Ungleichheit.

Ohne Rohstoffe wird es keine Zukunftstechnologien geben und keine zukunftssicheren Arbeitsplätze in Deutschland, Europa und der Welt.

Wir stehen nun in Deutschland vor der Situation, Rohstoffe einführen zu müssen, um unsere Arbeitsplätze zu erhalten. Wir stehen aber auch für Werte wie Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Werte machen an nationalen Grenzen nicht Halt.

Es geht also bei dem Thema „Rohstoffe“ auch um Gerechtigkeit, um die Würde der Menschen in den Abbauregionen und

Fortsetzung Seite 2 unten ➤

OHNE ROHSTOFFE KEINE ZUKUNFTSTECHNOLOGIEN

Fairer Abbau, gerechte Teilhabe

Rohstoffe sind die Basis der meisten industriell und privat genutzten Produkte. Daran, wie sie gewonnen und verarbeitet werden, hängen Millionen von Arbeitsplätzen weltweit. Rohstoffe sind endlich und vielfach kostbar. Deren Abbau, Transport und Weiterverarbeitung geschieht oft skrupellos gegen Mensch und Natur. Die rund 150 Teilnehmer/-innen diskutierten auf der Tagung am 5. Dezember 2013 über bessere Ansätze für eine sichere Versorgung sowie einen fairen und gerechten Umgang mit Rohstoffen.

Das moderne Mobiltelefon – ein einziges Rohstoffarsenal: Es enthält rund 15 Prozent Kupfer, drei Prozent Aluminium und Eisen, zwei Prozent Nickel und ein Prozent Zinn. Hinzu kommen 250 Milligramm Silber, 24 Milligramm Gold und neun Milligramm Palladium sowie einige Milligramm der Seltenmetalle Tantal und Indium. Bei 1,8 Milliarden Handys, die 2010 weltweit verkauft wurden, rechnete Hannelore Elze, Gastgeberin und Leiterin des Zweigbüros des IG Metall Vorstands in Düsseldorf, in ihrer Begrüßungsansprache

vor, summiert sich das auf 16 000 Tonnen Kupfer, 450 Tonnen Silber, 43 Tonnen Gold und 16 Tonnen Palladium.

Und der Hunger nach Rohstoffen – auch insbesondere nach solchen aus Seltenen Erden – wächst und wächst. Darauf wies der Experte für nachhaltiges Wirtschaften, Prof. Dr. Raimund Bleischwitz vom BHP Billiton Chair in Sustainable Resources am University College in London hin. Durchschnittlich bis zu 35 Tonnen Rohstoffe pro Jahr verbraucht ein Mensch in den Industrieländern. Gar nicht



Prof. Dr. Raimund Bleischwitz

eingerechnet ist dabei der wachsende Verbrauch von Wasser, Energie und Land. In den Entwicklungsländern liegt der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch an Rohstoffen bei gerade mal 15, in Indien sogar bei weniger als vier Tonnen. Dabei sichern die Industrieländer ihren Rohstoffbedarf zunehmend in Schwellen- und Entwicklungsländern. Allein zwischen 1999 und 2008 ist die Rohstoffeinfuhr in den EU-Ländern von 1340 Millionen auf 1798 Millionen Tonnen gestiegen. Ihnen – und ganz besonders Deutschland – kommt daher eine hohe Verantwortung zu, mit Rohstoffen effizienter, aber auch sorgsamer und respektvoller umzugehen.

Hoher Handlungsbedarf

In diesem Punkt gibt es hohen Handlungsbedarf. Auch darauf machte Raimund Bleischwitz aufmerksam. Denn vielfach werden Rohstoffe gerade aus Schwellen- und Entwicklungsländern, wie etwa das Seltenmetall Coltan, unter unmenschlichen Bedingungen abgebaut und illegal gehandelt. Der Abbau findet häufig in Kriegsgebieten statt, zerstört die örtliche Wasser- und Nahrungsversorgung und greift fundamental in örtliche Ökosysteme ein – zulasten der lokalen Bevölkerung.

Der Rohstoffhandel ist oft eingebettet in ein Netzwerk von Korruption, organisierter Kriminalität und Terrorismus. Hinzu kommen die Folgen des Klimawandels, insbesondere Wetterextreme, aber auch soziale Instabilitäten durch Migration, Rassismus und Unterbeziehungsweise Mangelernährung.

Dies alles stellt die beständige Rohstoffversorgung in den Industrieländern vor wachsende Probleme. Etwa 15 der wichtigsten Lieferländer stuft der Nachhaltigkeitsexperte als „im großen Wasser- und Nahrungsmittelstress“ befindlich ein. Rund 30 Länder betrachtet er als „verletzlich“. Damit sieht er perspektivisch nicht nur das Wirtschaftswachstum in den EU-Staaten, sondern insbesondere auch die dringend notwendige Energiewende in Gefahr. Denn gerade der Trend zu leistungsfähigen, aber energiesparenden technologischen Innovationen wie Elektroautos, Windkraft- und Fotovoltaikanlagen verlangt eine Fülle von Rohstoffen, die es weltweit immer seltener gibt: Kupfer, Nickel, Molybdän (Stahlveredler), Lithium, Platin, Neodym, Gallium usw.

Raimund Bleischwitz appellierte daher für konsequente Ressourceneffizienz als Einstieg in weitergehende Systeminnovationen. Ganz konkret könne etwa der Lackverbrauch bei Polstermöbeln um 20 Prozent gesenkt werden. Durch den Einsatz von Farbspritzpistolen ließe sich der Farb- und Lösungsmittelbedarf sogar um die Hälfte reduzieren. Allein in der Metallwirtschaft könnten durch Nachhaltigkeitsstrategien in den Unternehmen, konsequentes Stoffstrommanagement und lokales Recycling („urban mining“) usw. europaweit rund neun Milliarden Euro eingespart werden. Durch effizientere Ressourcennutzung ließe sich zugleich ein höheres und nachhaltiges Wachstum, mehr Beschäftigung, weniger Staatsverschuldung und eine enorme Entlastung der Umwelt erreichen.

Auch forderte der Wissenschaftler neue Allianzen vor allem auf internationaler Ebene, um den Rohstoffverbrauch zu drosseln: internationale Rohstoffpartnerschaften mit



» Nach außen hin präsentiert sich Peru als investitionsfreundliches und verlässliches rohstoffreiches Land. Aber nach innen handelt der Staat autoritär, aggressiv und ausschließlich im Interesse der Bergbau- und Mineralölunternehmen. «

José de Echave, Leiter der Abteilung Bergbau und Gemeinden der NGO CooperAcción, Lima

Lieferländern, (Branchen-)Abkommen („convenants“) über hochwertiges Recycling und Materialeffizienz, Fair Trade-Abkommen und neue Finanzierungsinstrumente. Die wichtigste Voraussetzung für eine faire und nachhaltige Ressourcenpolitik ist für ihn allerdings mehr Transparenz – und diese nicht nur bezogen darauf, welche Rohstoffe in welchem Umfang wie und wo abgebaut, gehandelt und bezahlt werden, sondern auch mit Blick darauf, inwieweit durch diese Prozesse Menschenrechte verletzt und Umweltbedingungen verschlechtert werden.

„Fluch der Rohstoffreichtums“

Am Beispiel des Bergbaus in Peru zeigte José de Echave, Leiter der Abteilung Bergbau

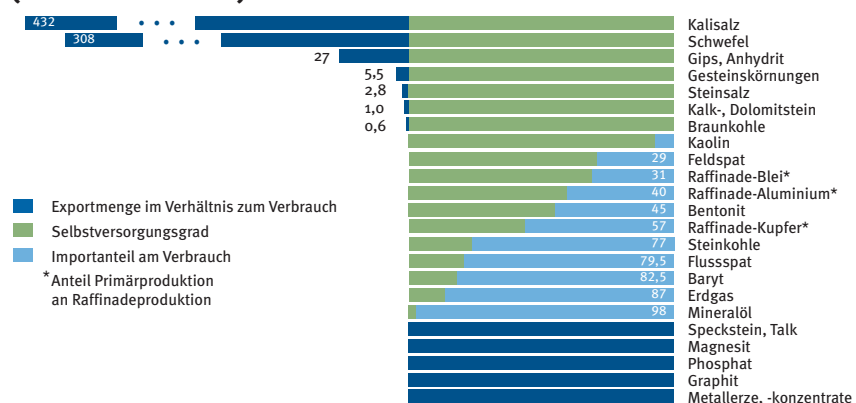
Fortsetzung von Seite 1

um den Respekt vor ihrem Leben. Der Anstand gebietet es, Missstände beim Namen zu nennen und gemeinsam Wege zu suchen und zu begehen, wie wir etwas verändern können.

Die Tagung hat den Dialog zwischen Unternehmen, Verbänden, Politik, Menschenrechtsorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften zu diesem Themenkomplex angestoßen. Wir möchten ihn nunmehr verstetigen, um gemeinsam in den Abbauregionen zu besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen beitragen zu können.

Importabhängigkeit und Selbstversorgungsgrad 2010 (deutsche Wirtschaft)

(Angaben in Prozent)





» Das Land wird geplündert, die Umwelt dauerhaft geschädigt, aber für Investitionen in die Bildung und damit in die Zukunft des Landes gibt es kein Geld. «

Bobby Peek, NGO GroundWork, Südafrika

und Gemeinden der CooperAcción in Lima, wie Rohstoffreichtum sich für Entwicklungsländer oft zu einem „Fluch“ und selten zu einem Segen entwickelt, der mit nachhaltigem wirtschaftlichem Wachstum und sozialem Fortschritt verbunden ist.

Dort hat sich in den vergangenen Jahren der Bergbau rasant entwickelt und räumlich immer weiter ausgedehnt. Das Land vergibt heute weitreichende Lizenzen an Bergbauunternehmen, die hier vor allem Kupfer, aber auch Gold und Silber, Zink und Molybdän vornehmlich für EU-Länder abbauen. Allein Deutschland bezieht 25 Prozent seines Kupferbedarfs aus Peru. Dies hat inzwischen gewaltige Folgen für die Menschen und die Umwelt in den Bergbauregionen: Die bisherigen Wasservorräte (Grundwasser und natür-

liche Seen) in einzelnen Regionen gehen zur Neige; viele Bauern können ihr Land nicht mehr bestellen und arbeiten daher oft zu Hungerlöhnen in den neuen Minen; dort wiederum steigen die Gesundheitsbelastungen durch schlechte Ausrüstungen und den direkten Kontakt beim Abbau und der Verarbeitung von Schwermetallen. Die Proteste der lokalen Bevölkerung werden kriminalisiert und häufig blutig niedergeschlagen. Allein in der Region Conga sind in den letzten Jahren 230 Menschen infolge sozialer Konflikte gestorben, 695 wurden verletzt. Sie fühlen sich ihrer Rechte und ihrer materiellen sowie ökologischen Grundlagen beraubt.

„Nach außen hin präsentiert sich Peru als investitionsfreundliches und verlässliches rohstoffreiches Land. Aber nach innen handelt der Staat autoritär, aggressiv und ausschließlich im Interesse der Bergbau- und Mineralölunternehmen“, berichtet José de Echave. Mit ihren Protesten wollten die Bauern und Bergbauarbeiter dem Staat Druck machen und darüber aufklären, wie sehr maximales Gewinnstreben der Bergbauunternehmen und der zunehmende Raubbau an der Natur nicht nur der regionalen Bevölkerung und Umwelt, sondern

der Zukunft des ganzen Landes schade. „Aber die Verantwortung dafür liegt auch bei den Ländern, die davon Nutzen für kurzfristigen Wohlstand haben“, so de Echave.

Mangelnde Investitionen in die Zukunft

Ähnliches berichtete Bobby Peek von der NGO GroundWork aus Südafrika: „Die ganze Welt wird mit Rohstoffen aus Südafrika gefüttert. Aber der Bevölkerung im Land selbst kommt das nicht zugute.“ Perspektivisch zahle sie sogar weiter drauf: immer mehr Unfälle, Krankheiten und Kinderarbeit vor allem im Bergbau, wachsende soziale Konflikte in den Unternehmen und Regionen bis hin zu Mord. „Das Land wird geplündert, die Umwelt dauerhaft geschädigt“, kritisiert Peek, „aber für Investitionen in die Bildung und damit in die Zukunft des Landes gibt es kein Geld.“

Nach diesen anschaulichen Schilderungen galt es für die Teilnehmer/-innen der Tagung, sich damit auseinanderzusetzen, welche Alternativen es gibt, um zu fairen Handelsbedingungen, Lieferantenbeziehungen und Arbeitsbedingungen zu gelangen. Diese standen im Mittelpunkt der Diskussionen in den drei angebotenen Themenforen.



Gemeinsame Erklärung der IG Metall, Misereor und Brot für die Welt

Menschenrechte und Umweltschutz: Leitplanken bei der Rohstoffsicherung

Mit einer gemeinsamen Erklärung haben sich IG Metall, Misereor und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst an die Bundesregierung und die deutsche Industrie gewandt. Sie erwarten, dass diese die folgenden Prinzipien als Leitplanken ihrer Rohstoffpolitik anerkennen und in konkrete Maßnahmen umsetzen:

1. mehr Transparenz in der Produktions- und Lieferkette,
2. mehr Transparenz von Zahlungsflüssen im Rohstoffsektor,
3. die Partizipation der jeweiligen lokalen Bevölkerung bevor ein Rohstoffprojekt in Angriff genommen wird,
4. eine gebührende Sorgfalt gegenüber den Menschenrechten,
5. die Anerkennung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen,
6. die Beachtung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wie sie in den ILO-Konventionen festgelegt sind,
7. der Vorrang von Menschenrechten, Arbeitsrechten und Umweltschutz bei allen Handels- und Investitionsabkommen sowie bei Rohstoffpartnerschaften,
8. mehr Fairness im Wettbewerb,
9. die stärkere Berücksichtigung der Grenzen des Wachstums in der deutschen und EU-Rohstoffpolitik.

Nachhaltig Rohstoffe sichern

Um den Energie- und Rohstoffbedarf der deutschen Wirtschaft zu decken, sind nicht nur die Unternehmen gefragt, sondern auch der Staat. Durch internationale Handelsabkommen, Rohstoffpartnerschaften und Außenwirtschaftsförderung kann die Bundesregierung die rohstoffwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflussen und mit dafür sorgen, dass Menschenrechte und Nachhaltigkeitsstrategien beim Abbau und Handel mit Rohstoffen zum Zuge kommen.



Thomas Gäckle

Die wachsende Unsicherheit auf den Rohstoffmärkten und die steigende Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von Rohstoffeinfuh-

ren insbesondere aus Schwellen- und Entwicklungsländern hat die Bundesregierung im Oktober 2010 dazu veranlasst, eine eigene Rohstoffstrategie zu entwickeln. Sie will dadurch eine nachhaltige Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen sicherstellen und den Zugang insbesondere zu seltenen Metallen und Ressourcen verbessern.

Einzelheiten dieser Strategie stellte Thomas Gäckle, Leiter der Abteilung Rohstoffpolitik beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), in seinem Input-Referat vor. Sie zielt einerseits darauf, die Europäische Union dabei zu unterstützen, Handelshemmnisse und Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Märkten abzubauen sowie bilaterale und internationale Rohstoff-, Industrie-, und Technologieabkommen auf den Weg zu bringen, um Rohstoffpartnerschaften politisch zu flankieren. Jüngere Beispiele sind entsprechende Abkommen der Bundesregierung mit der Mongolei (2011) und Kasachstan (2012) oder auch Außenwirtschaftsförderprojekte in Chile und Kanada.

Andererseits will Deutschland seine Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen ausweiten, um Innovationen voranzutreiben, die weniger Rohstoffe verbrauchen (Rohstoffeffizienz, Recycling usw.). Verschiedene Einrichtungen wie etwa die Deutsche Rohstoffagentur und einzelne wissenschaftliche Institute sollen der Bundesregierung dabei helfen. Aufgabe der Deutschen Rohstoffagentur ist es beispielsweise, Marktanalysen zu erstellen und Lieferrisiken zu bewerten, Kooperationspartner zu identifizieren und geeignete Lieferanten zu suchen, Sicherungsstrategien zu entwickeln und Unternehmen zu beraten.

„Besonders wichtig ist der Bundesregierung, sich nicht von wenigen Rohstoffländern abhängig zu machen, sondern die Bezugsquellen für Rohstoffe breit zu streuen“, so Gäckle. Auch bei der Rohstoffeffizienz und beim Recycling habe sie sich klare Ziele gesetzt. Von der deutschen Wirtschaft erwartete sie, dass diese ebenfalls ihre Aktivitäten bündele, um die Versorgung mit Rohstoffen unter Berücksichtigung auch der Interessen

der Partnerländer zu sichern. Aber auch NGOs und kirchliche Einrichtungen – wie Misereor und Brot für die Welt – könnten einen erheblichen Beitrag für eine nachhaltige und faire Rohstoffversorgung leisten. „Eine wichtige Aufgabe wäre es, uns anhand konkreter Beispiele lokale Probleme vor Augen zu führen, damit wir eingreifen können, wo wir die Möglichkeit haben. Wir werden die Dinge nur schrittweise voranbringen können, aber im Zusammenspiel verschiedener Akteure können wir viel erreichen.“

Achillesferse der deutschen Wirtschaft

Die permanente Versorgung mit Rohstoffen ist die Achillesferse der deutschen Wirtschaft. Darauf verwies Matthias Wachter, Leiter der Abteilung Sicherheit und Rohstoffe beim Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Der steigende Ressourcenbedarf und die wachsende Unsicherheit bei den Rohstoffimporten infolge sozialer Konflikte und ökologischer Probleme in vielen Lieferländern sowie teilweise bereits eingetretene Engpässe bei der Verfügbarkeit wichtiger



» Bei den Rohstoffpartnerschaften setzt der BDI vor allem auf Win-win-Strategien mit den einzelnen Lieferländern. Uns kommt es wesentlich darauf an, relevantes Mining Know-how und internationale Standards bei den Arbeitsbedingungen zu exportieren, um die Entwicklungschancen der Lieferländer zu verbessern. «

Matthias Wachter, Leiter der Abteilung Sicherheit und Rohstoffe beim Bundesverband der deutschen Industrie (BDI)



» Wir müssen zu einer Rohstoffstrategie kommen, die primär auf einen geringeren Verbrauch setzt und nicht darauf, den Zugang zu immer neuen Rohstoffquellen zu sichern. «

Armin Paasch, Referent für Wirtschaft und Menschenrechte bei Misereor

Lieferantenbeziehungen gestalten

Die deutschen Unternehmen stehen in der Verantwortung, ihre Rohstoffversorgung im Einklang mit internationalen Arbeitsnormen, Menschen- und Umweltrechten sicherzustellen. Das setzt voraus, dass sie mehr Transparenz schaffen und ihre Lieferketten offenlegen. Das Problem ist aber, dass sich die ausländischen Lieferanten oder auch die Lieferantenländer selbst in vielen Fällen nicht an internationale Gesetze halten.

Die geforderte Energiewende stellt die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit wichtigen Rohstoffen vor enorme Schwierigkeiten. Eine einzige Windkraftanlage beispielsweise benötigt 200 Kilometer Kupferdraht. „Ohne Kupfer kein Ökostrom“, heißt es in einer Anzeige des Aurubis-Konzerns, nach Coldeco in Chile weltweit der zweitgrößte Produzent von Kupfer.

Aurubis sieht sich in hohem Maße verantwortlich, internationale Arbeits- und Menschenrechtsstandards einzuhalten, betonte Dr. Andreas Möller, Leiter der Abteilungen Corporate Public Affairs und Konzernrepräsentant von Aurubis in Berlin. „Keine andere Kupferhütte weist so hohe Umwelt-, Sozial- und Arbeitsschutzstandards auf wie wir.“ „Responsible Mining“ sei für das Unternehmen jedoch weniger eine Frage der Ethik als vielmehr Geschäftspolitik: „Wir müssen Investoren an Kapitalmärkten überzeugen, die Sicherheit über ihre Anlagen wollen.“ Zudem verlange die weiterverarbeitende Indu-

strie, festgelegte hohe Standards bei der Kupferqualität zu garantieren.

Aurubis unterhält keine eigenen Kupferminen, sondern kauft Konzentrate vorwiegend aus Peru und Chile zum Börsenpreis. „70 Prozent der Hütten, über die wir das Kupfer beziehen, stehen außerhalb der EU. Wir stehen daher nicht am Anfang der Lieferkette, sondern mitten drin.“

Komplexere Verantwortung

Aber genau hier zeige sich ein Problem: Auf der einen Seite kaufe der Konzern Kupferkonzentrate von „Top Class-Unternehmen“, zu denen langfristige Verträge bestünden, betont Möller. Auch sie alle hätten Standards und Kodizes, die sich an OECD-, UN- oder anderen internationalen Normen ausrichteten, eingeführt. Auf der anderen Seite sehe sich das Unternehmen dem wachsenden Druck ausgesetzt, wegen des begrenzten Angebots an Kupfer auch mit anderen Hütten kooperieren zu müssen. „Bei den großen Mi-



Dr. Andreas Möller

nen-Konzernen – zunehmend auch Chinesen – können wir jedoch nicht einfach ‚durchgreifen‘. Und ohne ‚Good Governance‘ können Unternehmen nicht ‚responsible‘ agieren. Daher brauchen wir eine komplexere Verantwortung aller.“ **Fortsetzung Seite 6 ➤**

Rohstoffe stellte auch den BDI vor neue Herausforderungen.

„Der Verband sieht diesbezüglich seine Aufgabe vor allem darin, deutschen Firmen den direkten Zugang zu Rohstoffen durch mehr Transparenz bei den Rohstoffmärkten, durch das Vermitteln von Rohstoffpartnerschaften mit einzelnen Ländern und als Organisator der Rohstoffallianz zu erleichtern“, berichtete Wachter. So etwa profitierten die Unternehmen, die sich in der Rohstoffallianz zusammengeschlossen hätten, von dem gebündelten Wissen, das diese Einrichtung ihnen zur Verfügung stelle, um die Versorgungssituation der Unternehmen mit industrierelevanten Rohstoffen dauerhaft zu sichern. Dazu zählten Analysen der Rohstoffmärkte, Informationsplattformen, strategische Beratung und die Vermittlung von Projektfinanzierung. Die Rohstoffallianz nehme auch politisch Einfluss auf nationale und internationale Regierungsinstitutionen, so Wachter.

„Bei den Rohstoffpartnerschaften setzt der BDI vor allem auf Win-win-Strategien mit

den einzelnen Lieferländern. Uns kommt es wesentlich darauf an, relevantes Mining Knowhow und internationale Standards bei den Arbeitsbedingungen zu exportieren, um die Entwicklungschancen der Lieferländer zu verbessern“, so Wachter.

Kritisch kommentierte insbesondere Armin Paasch, Referent für Wirtschaft und Menschenrechte bei Misereor, die Äußerungen der Vertreter der Bundesregierung und des BDI. „Was sie vorgetragen haben, entspricht nur wenig den Schilderungen unserer Partner aus Peru und Südafrika sowie unseren eigenen Erfahrungen bei Misereor. Danach sind Verstöße gegen Menschen- und Umweltrechte in vielen Lieferländern an der Tagesordnung.“ Auf das freiwillige Einhalten von Arbeitsstandards und Menschenrechten zu setzen, wie dies der BDI weiterhin fordere, reiche nicht aus. Bindende Verpflichtungen, wie sie etwa beim Emissionsschutz bereits existierten, auf die sich lokale Initiativen berufen, Schiedsgerichte anrufen und Sanktionen einklagen könnten, gebe es in Bezug auf die Menschenrechte



nicht. „Hier ist die neue Bundesregierung gefordert, stärkere Akzente zu setzen.“

Insbesondere bei Handelsabkommen und Rohstoffpartnerschaften müssten die Unternehmen zwingend verpflichtet werden, menschenrechtliche Folgeabschätzungen durchzuführen, so Paasch. Auch müsse die lokale Bevölkerung besser über derartige Vereinbarungen informiert und in deren Zustandekommen einbezogen werden. „Wir müssen zu einer Rohstoffstrategie kommen, die primär auf einen geringeren Verbrauch setzt und nicht darauf, den Zugang zu immer neuen Rohstoffquellen um jeden Preis zu sichern.“



» *Wir versuchen mit den lokalen Akteuren – NGOs, Parteien, Umweltinitiativen usw. – in direkten Kontakt zu treten und die Ergebnisse dieses Dialogs in den CSR-Steuerkreis zurückzukoppeln.* «

Dr. Dirk Rosenau-Tornow, Referent des Betriebsrats der Volkswagen AG

► Fortsetzung von Seite 5

Dass auch Betriebsräte etwas tun können, um mehr Transparenz bei den Lieferketten zu schaffen und dafür zu sorgen, dass internationale Arbeits- und Menschenrechtsstandards eingehalten werden, verdeutlichte Dr. Dirk Rosenau-Tornow, Referent des Betriebsrats der Volkswagen AG. „Bei uns arbeiten drei Kollegen im CSR-Steuerkreis (Corporate Social Responsibility) mit. Sie können Themen vorschlagen, mit denen sich der Vorstand dann befasst. Hierbei spielen Nachhaltigkeitsaspekte eine zunehmende Rolle.“ Bei einem konkreten Verdacht, dass es an einem Standort Menschen-

rechtsverletzungen gibt, kümmere sich ein Expertenteam um weitere Informationen. Auch hierbei werde der Betriebsrat mit einbezogen, so Rosenau-Tornow. „In einem dreistufigen Verfahren wird dann diesem Verdacht nachgegangen.“ Zudem gebe es die Möglichkeit, einen Senior-Expertenkreis einzubinden, der sich darum kümmere Gutachten einzuholen, Testate zu schreiben und in dem betroffenen Unternehmen oder bei NGOs nachzufragen. Darüber hinaus versuche der VW-Betriebsrat auch, über eigene und internationale gewerkschaftliche Strukturen an Informationen zu gelangen beziehungsweise auf die lokale Situation Einfluss zu nehmen. „Das gelingt zwar nur begrenzt – allein schon, weil wir personell an Grenzen stoßen, um uns vor Ort zu erkundigen. Aber dennoch versuchen wir mit den lokalen Akteuren – NGOs, Parteien, Umweltinitiativen usw. – in direkten Kontakt zu treten und die Ergebnisse dieses Dialogs in den CSR-Steuerkreis zurückzukoppeln.“

Verbindliche Rechte gefordert

Auf eine besondere Schwierigkeit wies Sven Hilbig, Referent für Welthandel und internationale Umweltpolitik bei Brot für die Welt, hin: „Von Verstößen gegen die Menschenrechte, wie wir sie vor allem in Peru erleben, sind nicht so sehr die Stammebelegschaften der großen Unternehmen, als vielmehr die Randbelegschaften betroffen.“ Oft seien 70 Prozent der Beschäftigten Leiharbeitskräfte aus sehr unterschiedlichen Verleihfirmen. Dadurch sei die Möglichkeit, Arbeitnehmerrechte wahrzunehmen, gar nicht mehr gegeben.

„Hier liegt ein Grundproblem: unmenschliche Arbeitsbedingungen, überlange Arbeitszeiten, unzureichende Arbeitsmittel – und die Leute können sich nicht gewerk-

schaftlich organisieren, haben niemanden, an den sie sich wenden können.“ Und auch dies bereite ihm Sorgen: Wo kein Wille ist, sich an internationale Standards zu halten, gebe es auch nur beschränkte Sanktionsmöglichkeiten. Daher sei es lobenswert, dass bei vielen Unternehmen Menschenrechte und Nachhaltigkeit bereits tief verankert seien. Die Themen müssten aber noch bis in die untersten Glieder der Lieferantenkette vorstoßen. „Freiwillige Vereinbarungen reichen daher nicht aus. Die Menschen vor Ort brauchen verbindliche Rechte!“



» *Es ist lobenswert, dass bei vielen Unternehmen Menschenrechte und Nachhaltigkeit bereits tief verankert sind. Die Themen müssen aber noch bis in die untersten Glieder der Lieferantenkette vorstoßen.* «

Sven Hilbig, Referent für Welthandel und internationale Umweltpolitik bei Brot für die Welt

FORUM 3: HANDLUNGSANSÄTZE FÜR GEWERKSCHAFTEN UND BETRIEBSRÄTE

Weltweite Vernetzung intensivieren

Zumeist aufgrund des Engagements von Gewerkschaften und Betriebsräten verfügen einige Unternehmen bereits über Internationale Rahmenabkommen (IFA). Darüber verpflichten sie sich, weltweit internationale Arbeitsstandards anzuwenden. Oft erweisen sich diese jedoch als gut gewollt, aber nur beschränkt zielführend. Es fehlen vor Ort häufig Akteure, die kontrollieren, ob die Vereinbarungen auch umgesetzt werden. Die stärkere internationale Vernetzung von Betriebsräten ist daher dringend nötig.

Internationale Rahmenabkommen sind wichtige Instrumente, um in großen Unternehmen weltweit Arbeitnehmerinteressen und angemessene Beschäftigungsbedingungen zu wahren. Sie sichern die Vereinigungs- und Tarifvertragsfreiheit, gewährleisten Gewerkschaften den Zugang zum Betrieb und verlan-

gen einen sozialen Dialog, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Diese Abkommen werden auf der Arbeitnehmerseite von den globalen Gewerkschaftsbünden (heute vor allem IndustriAll und UNI global union) und auf der Arbeitgeberseite von Vertretern der Konzerne abgeschlossen. Sie geben insbesonde-

re Beschäftigten in den Entwicklungs- und Schwellenländern die Möglichkeit, ihre Rechte gegenüber der Konzernleitung einzufordern.

Seit 1989 wurden 95 IFAs in 87 Unternehmen abgeschlossen, vorwiegend in Unternehmen mit Stammsitz in Kontinental-Europa,

aber seit 2010 zunehmend auch in Asien und Amerika. Sie nehmen zumeist Bezug auf die Rechtsstandards der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und beinhalten Mechanismen, wie diese umgesetzt und überwacht werden sollen. Im Mittelpunkt stehen gewerkschaftliche Rechte, Kernarbeitsnormen sowie Gesundheits- und Arbeitssicherheitsstandards. Vielfach geht es aber auch darum, Strukturen für einen Sozialdialog auf der Ebene der Unternehmensleitung zu schaffen oder – wie etwa im Textilbereich – Mindestarbeitsstandards für die gesamte Wertschöpfungskette festzulegen.

Modellhaft stellte Veronika Dehnen, Referentin im Ressort Studienförderung der Hans-Böckler-Stiftung, das Internationale Rahmenabkommen bei ArcelorMittal vor. Dieses wurde 2008 abgeschlossen und legt seinen Schwerpunkt auf weltweit hohe Gesundheits- und Sicherheitsstandards. Um kontrollieren zu können, dass diese auch umgesetzt werden, gibt es Überwachungsgruppen jeweils auf lokaler und nationaler Ebene sowie bei der Unternehmensleitung. Diese setzen sich aus Gewerkschafts- und Managementvertretern zusammen. „Das alles funktioniert jedoch nur, wenn es klare strategische Ziele gibt. Dazu zählt die Bereitschaft zum sozialen Dialog, der ernsthafte Wille, die Standards umzusetzen und die kontinuierliche Überwachung durch die Akteure vor Ort“, so Dehnen. „Wenn dies nicht gegeben ist und insbesondere der direkte Kontakt zu den Akteuren vor Ort fehlt, haben solche Vereinbarungen nur deklamatorischen Charakter.“



Veronika Dehnen

Franz-Gerd Hörnschemeyer, Leiter des Ressorts Bergbau und Energiepolitik beim Hauptvorstand der IG BCE in Hannover, bestätigte diese Aussage. „Ein IFA bietet Betriebsräten gute Möglichkeiten, sich über Probleme an einzelnen Standorten zu informieren und Gerüchten über eventuelle Verstöße gegen die getroffenen Vereinbarungen nachzugehen. Allerdings müssen auch entsprechende Kommunikationsstrukturen existie-



ren.“ Wenn ein Konzern an einem neuen Standort tätig werde, sollten Betriebsräte auf den verschiedenen Ebenen des Unternehmens Informationen darüber einfordern, wie es gewährleisten könne, dass auch dort die geforderten Standards erreicht würden. Wenn es keine demokratisch legitimierten freien Gewerkschaften an diesem Standort gebe, sollten Betriebsräte mit dafür sorgen, dass dort gewerkschaftliche Strukturen errichtet würden. „Wichtig ist, dass die Kolleginnen und Kollegen vor Ort die Dinge selbst in die Hand nehmen. Aber wir können sie von hier aus hilfreich unterstützen“, so Hörnschemeyer.

„Klauseln ohne Zähne“?

Auch für Peter Camin, Konzernbetriebsratsvorsitzender bei der Hydro Aluminium Deutschland GmbH in Hamburg bedeuten IFAs nichts anderes als „Klauseln ohne Zähne“, sofern es nicht gelingt, internationale Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards faktisch umzusetzen. „Wir haben als Endpunkt einer langen Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber endlich eine freiwillige Rahmenvereinbarung bei Hydro Aluminium abschließen können. Damit wollte das norwegische Unternehmen, an dem auch der Staat beteiligt ist, zuallererst sein Image aufbessern. Wir haben allerdings dafür gesorgt, dass es den Kolleginnen und Kollegen – insbesondere an den außereuropäischen Standorten – wirklich zugute kommt.“

Gerade in Brasilien sei es immer wieder vorgekommen, dass die örtliche Gewerkschaft vom Unternehmen ausgebremst und ihr der Zugang zum Betrieb verweigert wurde. „Es hat uns sehr geholfen, dass wir uns auf die paritätische Mitbestimmung in Deutschland als einem gut funktionierenden Modell berufen konnten. Das hat den Arbeit-

geber offenbar überzeugt, so dass er einem IFA zugestimmt hat“, berichtete Camin. Inzwischen gebe es an dem brasilianischen Hydro-Standort etablierte gewerkschaftliche Strukturen. Das dortige Management habe seine Klagen gegen aktive Gewerkschafter zurückgezogen und sogar einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die örtliche Gewerkschaft habe nun freien Zugang zum Betrieb, könne die Belegschaft informieren und würde auch respektvoll behandelt. „Dennoch gibt es immer wieder Rückschläge. Deshalb müssen wir Betriebsräte uns noch intensiver international vernetzen.“



» Es hat uns sehr geholfen, dass wir uns auf die paritätische Mitbestimmung in Deutschland als einem gut funktionierenden Modell berufen konnten. Das hat den Arbeitgeber offenbar überzeugt, so dass er einem IFA zugestimmt hat. «
Peter Camin, Konzernbetriebsratsvorsitzender bei der Hydro Aluminium Deutschland GmbH

Freiwilligkeit reicht nicht aus

Wie kann der weltweite Rohstoffbedarf nachhaltig gesichert, und wie können Rohstoffe in Entwicklungs- und Schwellenländer abgebaut werden, ohne dass Menschen und Natur Schaden nehmen? – Diese Fragen standen im Zentrum der abschließenden Podiumsdiskussion. Einige waren sich die Experten/-innen darin, dass es notwendig ist, Leitlinien Guten Wirtschaftens und Guter Regierungsarbeit weltweit zu entwickeln und umzusetzen. Zudem bedarf es verbindlicher Regelungen, um betriebliche und zivilgesellschaftliche Kontrollinstrumente auszubauen.

Gutes unternehmerisches Handeln entlang der Wertschöpfungskette ist das Ziel, für das Dr. Dierk Paskert, Geschäftsführer der Rohstoffallianz GmbH, die Mitglieder seiner Organisation gewinnen will. Dabei ist ihm bewusst, dass der Wettbewerb auf den internationalen Rohstoffmärkten härter werden wird. Rohstoffabkommen und -partnerschaften sind für ihn wichtige Instrumente, um Vorteile für beide Seiten herauszuholen – für die Lieferländer genauso wie für die Abnehmerländer.

Für Prof. Dr. Claudia Warning, Vorstand Internationale Programme und Inlandsförderung bei Brot für die Welt, sind es vor allem multinationale Konzerne in Tateinheit mit lokalen Regierungen, die vielfach verantwortlich sind für Armut, Gewalt und dramatische ökologische Probleme in etlichen Abbauländern. Es müsse daher mehr Transparenz über derartige Verstöße hergestellt und die Öffentlichkeit stärker darüber informiert werden. „Wir müssen unsere Partner vor Ort unterstützen, Missstände bekannt zu machen. Aber wir müssen uns auch fragen: Welche Art von Entwicklung können die Abbauländer nehmen, und wie können wir sie unterstützen?“



Teilnehmer/-innen der Podiumsdiskussion: Dr. Norbert Kluge, Prof. Dr. Claudia Warning, Petra Pinzler (Moderatorin), Dr. Dierk Paskert, Bernd Lange (von links nach rechts)

„Jeder Arbeitsplatz hat ein Gesicht“ – aus dieser Tatsache begründet sich das Engagement der Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen für menschliche Arbeitsbedingungen, Menschenrechte und eine lebenswerte Umwelt, betonte Dr. Norbert Kluge, Leiter der Abteilung Mitbestimmungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung. Um gegen die Ausbeutung von Menschen und Natur wirksam kämpfen zu können, bedürfe es sowohl effektiverer betrieblicher als auch zivilgesellschaftlicher Instrumente: betrieblicher und lokaler Überwachungskommissionen beispielsweise, wie sie bei Hydro Aluminium in einem internationalen Rahmenabkommen vereinbart wurden. „Zudem brauchen wir

eine Diskussion darüber, was sinnvolle industrielle Produktion und nachhaltige Unternehmenspolitik konkret bedeutet. Unsere Überlegungen können wir gleich dort einfließen lassen, wo wir hierzulande besonders kompetent sind: in Innovationen mit dem Ziel, Rohstoffe und Energien effizienter zu nutzen.“

Für Bernd Lange, Mitglied des Europäischen Parlaments, haben Handelsabkommen mit Nachhaltigkeitskapitel und verbesserte Kommunikationsstrukturen in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern bereits echte Vorteile für die lokale Bevölkerung bewirkt. Allerdings gestand er auch ein: „Der Fortschritt ist eine Schnecke.“ Nachhaltige Rohstoffsicherung müsse weit früher als bisher ansetzen: „Die Frage ist: Muss sich dieser Hunger nach Rohstoffen in dieser Weise fortsetzen?“ Viel wichtiger sei doch, den Hebel umzulegen: „Wir müssen den Rohstoffverbrauch dringend drosseln, benötigen Strategien für Rohstoffeffizienz und konsequentes Recycling sowie neue Konzepte für Verwertungskreisläufe“, so Lange. „Dafür reichen Maßnahmen, die auf Freiwilligkeit setzen, nicht aus. Hier ist der Gesetzgeber und staatliches Handeln gefordert!“

Msgr. Pirmin Spiegel: Dialog weiterführen



» Gewerkschaften und Kirchen: Dies ist eine wichtige Kooperation. Uns beide bewegen gleiche Visionen und Gedanken: Die internationale Solidarität ist von Anfang an Teil des Selbstverständnisses; wir gehen von den Erfahrungen der Menschen aus, mit denen wir vor Ort zusammenarbeiten; und gemeinsam mit ihnen wollen wir mittun, Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffsektor zu beseitigen. Dabei geht es genauso um die Situation von Arbeiterinnen und Arbeitern in diesem Bereich wie um das

Schicksal derer, die direkt und indirekt vom Rohstoffabbau betroffen sind – beispielsweise durch Vertreibung, Umweltverschmutzung oder Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Gemeinsam setzen Kirche und Gewerkschaft sich in diesem und in anderen Bereichen für gerechte Strukturen und für die Menschenrechte weltweit ein. Wir wollen diesen gemeinsamen Dialog weiterführen. Ein gutes Leben für alle: Das kann nicht heißen, dass unser Wohlstandsmodell in der ganzen Welt kopiert wird. Eine der größten Herausforderungen für uns ist die, unseren Lebensstil und unsere Definition von Wohlstand zu überdenken. «

(aus der Abschlussrede von Msgr. Pirmin Spiegel, Hauptgeschäftsführer Misereore)

IMPRESSUM

Herausgeber: Detlef Wetzels, Jörg Hofmann, Jürgen Kerner – IG Metall Vorstand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt/Main
Kontakt und Redaktion: Hannelore Elze
IG Metall Vorstand – Zweigbüro,
Roßstraße 94, 40476 Düsseldorf
zweigbuero.duesseldorf@igmetall.de
Text und Gestaltung: WAHLE & WOLF
Fotos: Christian von Polentz
Druck: SETZKASTEN GmbH, Düsseldorf